

Es gilt das gesprochene Wort

Solothurn, 4. September 2014

Raumplanung braucht Stadt und Land

Eine kluge Raumplanung ist für jede Gemeinde eine grosse Herausforderung, egal ob Dorf oder Stadt. Ob Abwanderungsprobleme oder Bevölkerungswachstum – die Aufgaben sind überall immens. Dies zeigte am Donnerstag eine Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN in Solothurn. Die Frage, wie sich die ländlichen Räume entwickeln können, führte zu provokanten Aussagen. Mehrere Fachleute empfahlen Gemeindefusionen, weil diese die Chance erhöhten, eine langfristig sinnvolle Raumentwicklung zu erreichen. Erstmals äusserte sich auch ein Bundesvertreter dazu, in welche Richtung die lange erwartete Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume gehen könnte.

Nicht nur in der Politik, auch in der Raumplanung haben sich die Stadt-Land-Gräben vertieft. Statt gemeinsam das neue Raumplanungsgesetz umzusetzen und den Bodenverbrauch einzudämmen, verlieren sich Stadt und Land in einem Verteilungskampf um die finanziellen Mittel. An der Tagung von Raumplanungsfachleuten in Solothurn bot sich Vertretern von Stadt, Land und den Staatsebenen die Gelegenheit, die jeweils andere Seite für ihre Anliegen zu sensibilisieren.

Gegensätzliche Trends

Der Trend ist eindeutig: Die Menschen ziehen in die Städte. Laut dem Zürcher Stadtrat André Odermatt erwartet Zürich bis im Jahr 2030 rund 70'000 neue Einwohner. Dies bedeutet, dass 35'000 Wohnungen zu bauen sind und zusätzliche Infrastrukturen in der Grössenordnung der Stadt St.Gallen, unter anderem Schulhäuser für 7'000 Kinder. Die Stadt will den nötigen Raum allein durch Verdichtung im bestehenden Siedlungsgebiet schaffen – ohne grossflächige Hochhausgebiete: Für die nächsten Jahre weise die geltende Bau- und Zonenordnung genügend Reserven auf, sagte Odermatt. Grossflächige Aufzonierungen, wie sie Immobilienkreise forderten, seien noch nicht nötig. Unabdingbar seien künftig jedoch der Einbezug der Bevölkerung, mehr kooperative Planung und mehr Zusammenarbeit mit der Umgebung. «Um das Wachstum planerisch zu bewältigen, müssen Stadt und Land an einem Strang ziehen.» Zur Finanzierung forderte Odermatt einen «fairen Mehrwertausgleich» – auch für gemeinnützige Wohnungen, welche die Stadt erstelle.

Die Sicht der ländlichen Räume vertrat Vreni Wild, St.Galler Kantonsrätin und Gemeindepräsidentin der Toggenburger Fusionsgemeinde Neckertal. Sie sprach von einer «Abwärtsspirale». Die jungen Leute ziehen weg, die schwindende Landwirtschaft lässt leere Gebäude zurück, der Service public nimmt ab, der günstige Wohnraum zieht schwache Steuerzahler an. Investoren, die im Dorfzentrum in Verdichtung und Aufwertung investieren, seien kaum zu finden. Wild kritisierte, dass sich die Politik zu sehr auf die Städte konzentriere, die Baulandpolitik zu Lasten der ländlichen Räume gehe und zu wenig Entwicklung ermöglicht werde. «Der ländliche Raum wird unter eine Käseglocke gestellt», sagte Wild.

Armand Blaser von Val-de-Ruz NE vertrat eine ländliche Gemeinde mit städtischen Ausprägungen. Dank der Fusion von 15 Gemeinden (17'000 Einwohner) habe Val-de-Ruz heute das Gewicht, um auf Augenhöhe mit Städten wie Neuenburg und La Chaux-de-Fonds zu verhandeln, sagte er.

Schwieriger Ausgleich von Vor- und Nachteilen

«Vielleicht müsste auch das Toggenburg zu einer einzigen Gemeinde werden», meinte Lukas Bühlmann, Direktor der VLP-ASPAN. Fusionen würden vieles erleichtern – auch den Nutzen- und Lastenausgleich zwischen Stadt und Land. Nach einer Analyse bisheriger Ausgleichsversuche zog er eine durchgezogene Bilanz: So zeigten die Modellvorhaben des Bundes, dass gemeindeübergreifende Arbeitszonen einfacher zu planen und abzugelten seien als gemeindeübergreifende Wohnzonen. Was Last und was Nutzen ist, sei oft gar nicht eindeutig. Beispielsweise muss der Verzicht auf Bauzonen kein Nachteil sein, entfallen dadurch doch Erschliessungs- und Infrastrukturkosten.

Als Pionier beim Nutzen-Lasten-Ausgleich wurde der Kanton Thurgau vorgestellt. Als erster Kanton wird er Gemeinden, die auf Bauzonen verzichten, im Rahmen des Finanzausgleichs abgelten. Seit Anfang Jahr ist ein entsprechendes Gesetz in Kraft, das für ländliche Gemeinden den Anreiz zur Verdichtung erhöhen soll. HansjörgENZler erläuterte als Kantonsvertreter, wie das System funktionieren und die Beiträge berechnet werden sollen.

Wie weiter auf dem Land?

«Das grösste Entwicklungspotenzial ländlicher Räume ist, dass sie zu Städten werden.» Mit dieser Aussage provozierte als Vertreter der Wissenschaft Jérôme Chenal von der EPF Lausanne. Gerne werde für die ländlichen Räume eine höhere Erreichbarkeit gefordert, sagte er. Die Folge höherer Erreichbarkeit sei aber die Verstädterung. Es sei gut zu überlegen, ob dies wirklich überall wünschbar sei.

Eric Jakob vom Staatssekretariat für Wirtschaft SECO zeigte auf, in welche Richtung die lange erwartete «Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume» gehen könnte. Eine solche Strategie hatte 2011 der Alt-Ständerat Theo Maissen gefordert. Der Bund hat seit 13 Jahren eine Agglomerationspolitik, aber keine eigentliche Politik für die ländlichen Räume. Ein im Auftrag des SECO erstellter Expertenbericht sieht nun als Strategie vor, die Sektoralpolitiken des Bundes (Siedlung, Verkehr, Service public, etc.) in den ländlichen Räumen besser abzustimmen und die Akteure vor Ort zu «mobilisieren». Die drei Staatsebenen sollen sich zudem vertikal besser koordinieren. Ob für diese Koordination die bestehende tripartite Agglomerationskonferenz TAK erweitert werden soll oder eine eigene Organisation für die ländlichen Räume geschaffen wird, konnte Jakob noch nicht sagen. Die definitive Strategie werde erst 2015 dem Bundesrat vorgelegt. Es sollen aber Massnahmen im Rahmen der Neuen Regionalpolitik NRP sowie gemeinsam mit der Agglomerationspolitik umgesetzt werden.

Wie weiter in den Agglomerationen?

Im Frühling 2015 will der Bund auch die weiterentwickelte Agglomerationspolitik ab 2016 vorstellen. Maria Lezzi, Direktorin des Bundesamts für Raumentwicklung ARE, sprach von riesigen urbanen Herausforderungen. Zwei Beispiele: 90% der Staus in der Schweiz fänden in den Agglomerationen statt – nicht am Gotthard. Zudem entstehe in den Agglomerationen eine 24-Stunden-Gesellschaft. Die Raumplanung sei aber noch sehr tagesorientiert. Lezzi informierte über die angedachten Themen-Schwerpunkte der Agglomerationspolitik ab 2016: Neben der bisher wichtigen Abstimmung von Siedlung und Verkehr in den Agglomerationen sollen künftig auch die Freiraumentwicklung, der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Wettbewerbsfähigkeit und der Ausgleich von Sonder- und Zentrumslasten eine grössere Rolle spielen.

SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG FÜR LANDESPLANUNG